

Niederschrift (Öffentlicher Teil)

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie

Sitzungstermin: Donnerstag, 05.12.2024
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:15 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
Hans Leo Deumens	

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Nathalie Koentges	
Peter Tillmanns	
Franca Braun	
Andrea Derichs	
Birdal Dolan	
Dr. Julia Oidtmann	ab TOP 3
Hilde Scheidt	
Dirk Szagunn	
Tim Pils	
Uschi Brammertz	
Frank Hansen	
Caline Strack	
Nadine van der Meulen	
Dirk Zirbes	
Gaby Schneider	Vertretung für: Jutta Hennig

Schriftführung

Name	Bemerkung
Michelle Schmidt	

Abwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Anne Eickholt-Schippers	unentschuldigt

Name	Bemerkung
Michael Wedepohl	unentschuldigt
Dr. Catharina Jacobskötter	entschuldigt
Heike Keßler-Wiertz	entschuldigt
Baran Yenen	unentschuldigt
Jutta Hennig	entschuldigt

Gäste:

Herr Schweden, AG Behindertenhilfe (gem. § 58 Abs. 3 GO NRW hinzugezogener Bürger)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	FB 56/0548/WP18
2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.09.2024 - öffentlicher Teil	
3	„Ein Jahr Arbeit der „Kümmerer*in“ Kaiserplatz“ Es wird mündlich berichtet.	FB 01/0607/WP18
4	Konzept "Wohnen jetzt! HOUSING FIRST AACHEN" von WABe e. V. und Caritasverband	FB 56/0553/WP18
5	Weitere Erhöhung der Zuwendungen der Stadt Aachen für den Tagestreff "Café Plattform"	FB 56/0554/WP18
6	Querbeet für erwerbsunfähige suchtkranke Menschen in der StädteRegion Aachen	FB 56/0556/WP18
7	Angebote zur Tagesstrukturierung für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen – Fortführung des Projekts des WABe e. V. in 2025	FB 56/0552/WP18
8	Sachstand Sanierung von Übergangsheimen - Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke vom 06.11.2024	FB 56/0555/WP18
9	Integrationsmaßnahmen 2025 - Mittelverteilung	FB 56/0543/WP18
10	Aktuelle Situation a) bei den Leistungsempfänger*innen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfänger*innen nach dem AsylbLG b) in den Übergangswohneinrichtungen c) bezüglich der Herkunft der geflüchteten Menschen/Nationenstatistik	FB 56/0539/WP18
11	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung ungeändert beschlossen FB 56/0548/WP18

Der Vorsitzende, Herr Deumens, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste und die anwesenden Vertreter*innen der Verwaltung. Danach stellt Herr Deumens, die ordnungs- und fristgemäße Versendung der Einladung und des Nachtrags fest.

Anschließend ruft der Vorsitzende den Punkt „Hinzuziehung einer Vertretung der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe - Herrn Arnold Schweden - gem. § 58 Abs. 3 Satz 6 Gemeindeordnung NRW“ auf. Hierzu erklärt Herr Deumens, dass sich anhand der Tagesordnung seiner Meinung nach die Erforderlichkeit der Hinzuziehung von Herrn Schweden als Vertreter der AG Behindertenhilfe ergebe. Diese Einschätzung des Vorsitzenden findet die einhellige Zustimmung der Ausschussmitglieder und wird einstimmig beschlossen.

Der Vorsitzende Herr Deumens bittet Herrn Jörg Walter nach vorne. Herr Walter spricht gem. §§ 58 Abs. 2 und 67 Abs. 3 Gemeindeordnung NRW die Formel zur Verpflichtung als sachkundiger Bürger der Stadt Aachen. Anschließend heißt Herr Deumens Herrn Walter herzlich willkommen und wünscht eine fruchtbare Zusammenarbeit.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt unter Berücksichtigung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung die Hinzuziehung einer Vertretung der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe zum öffentlichen Teil der heutigen Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.09.2024 - öffentlicher Teil ungeändert beschlossen

Es liegen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Die Ausschussmitglieder genehmigen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 26.09.2024 einstimmig bei zwei Enthaltungen aufgrund von Nichtanwesenheit in der Sitzung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 26.09.2024 – öffentlicher Teil.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 2 Enthaltungen

Zu 3 „Ein Jahr Arbeit der „Kümmerer*in“ Kaiserplatz“ zur Kenntnis genommen FB 01/0607/WP18

Herr Rohlfing gibt mit Hilfe der Präsentation „Koordinationsstelle Kaiserplatz/Östliche Innenstadt – Sachstand, Ziele, Zeitplan“ (Anlage 1 zu TOP 3) einen Überblick über Hintergründe, Herausforderungen, Aktionen und Projekte sowie noch geplante Maßnahmen der Koordinationsstelle Kaiserplatz/Östliche Innenstadt. Danach beantworten Herr Rohlfing (Koordinationsstelle Kaiserplatz/Östliche Innenstadt) und Frau Ulrich (Koordinationsstelle Bushof) Fragen von Ausschussmitgliedern.

Frau van der Meulen fragt nach, ob im Rahmen der Netzwerktreffen in Zukunft auch Vertreter*innen der Szene von Kaiserplatz bzw. Vertreter*innen der freien Träger der Wohlfahrtspflege eingeladen werden könnten. Außerdem möchte Frau van der Meulen wissen, ob bereits einzelne Ordnungsmaßnahmen des neuen IKAS (Integriertes Konzept für Attraktivität und Sicherheit), wie z. B. die Beschallung von öffentlichem Raum mit klassischer Musik oder die Abschaltung des WLAN-Netzes im Bereich des Kaiserplatzes, Anwendung gefunden hätten. Herr Rohlfing erläutert, dass derzeit die Umsetzung der sozial- und ordnungspolitischen Maßnahmen aus dem IKAS noch in Planung sei.

Frau Dr. Oidtmann und Herr Tillmanns danken den Mitarbeitenden der Koordinationsstellen für ihre wertvolle Arbeit und heben hervor, dass bereits sehr viel Gutes angestoßen und auf den Weg gebracht worden sei.

Herr Tillmanns spricht darüber hinaus die gegenwärtige Situation am Kaiserplatz an und möchte wissen, wie diese jeweils von der Koordinationsstelle, der örtlichen Szene sowie den Anwohnenden wahrgenommen/beurteilt werde.

Frau Braun schließt sich den lobenden Worten von Frau Dr. Oidtmann und Herrn Tillmanns an. Sie begrüßt den im Vortrag beschriebenen Austausch der Koordinationsstellen mit anderen Städten.

Frau Bürgermeisterin Scheidt beschreibt aus ihrer Sicht als Anwohnerin des Kaiserplatzes die aktuelle Lage. Sie lobt einige Verbesserungen, z. B. die erhöhte Einsehbarkeit der Grünfläche und die derzeit ruhigere Situation. Zugleich bittet sie alle Akteur*innen am Kaiserplatz weiterhin aufmerksam zu bleiben. Für die nächsten Treffen mit Anwohnenden im kommenden Jahr regt Frau Bürgermeisterin Scheidt an, auch die Anwohnenden aus den Straßen östlich des Kaiserplatzes, Vertreter*innen der Grundschule Beeckstraße und den Betreiber des Kiosks Richardstraße einzuladen.

Herr Rohlfing weist darauf hin, dass sich die Situation am Kaiserplatz zwar schon spürbar verbessert habe, diese jedoch unverändert sehr komplex sei. Man wisse daher, dass weiterhin viel Arbeit zur Verbesserung der Gesamtsituation notwendig sei.

Frau Dr. Wolf spricht die Thematik der besseren Ausleuchtung des Kaiserplatzes an.

Am Ende der Debatte dankt der Ausschussvorsitzenden, Herr Deumens, den Mitarbeitenden der Koordinationsstelle für ihre Arbeit und wünscht ihnen weiterhin viel Erfolg.

Zu 4 Konzept „Wohnen jetzt! HOUSING FIRST AACHEN“ von WABe e. V. und Caritasverband geändert beschlossen FB 56/0553/WP18

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde von den Koalitionsfraktionen vor Beginn der Sitzung ein geänderter Beschlussvorschlag als Tischvorlage verteilt (Anlage 1 zu TOP 4).

Herr Tillmanns dankt der Fachverwaltung dafür, dass nun mit der konkreten Umsetzung eines ersten Projekts begonnen werden könne und verleiht seiner Freude darüber Ausdruck. Herr Tillmanns kündigt die Zustimmung seiner Fraktion zur vorgeschlagenen Übertragung von Mitteln in das neue Haushaltsjahr an und bittet um einen Hinweis der Verwaltung, ob der von der grün-roten Koalition angedachte Evaluationszeitraum gegebenenfalls als zu kurz angesehen werde.

Frau Braun dankt der Verwaltung, dem Caritasverband und dem WABe e. V. dafür, dass nun mit der Umsetzung eines ersten Projekts begonnen werden könne. Für die Koalitionsfraktionen hebt Frau Braun den Modellcharakter des ersten Wohnprojekts in Aachen hervor. Man sei sich bewusst, dass zunächst mit geringen Platzzahlen begonnen werden müsse, auch deshalb sei eine Evaluation im Sinne einer Erfolgskontrolle wichtig; vermutlich sei eine solche erst in größeren Zeitabständen als von nur einem Jahr aussagekräftig. Wichtig sei im Übrigen, bezüglich der Finanzierung den Landschaftsverband Rheinland in die Pflicht zu nehmen.

Frau van der Meulen spricht die Schwierigkeiten einer finanziellen Einbindung des LVR an, da dies ihres Erachtens stets schwierig und langatmig sei. Daher sollten auch schnellere sowie auch grenzüberschreitende Fördermöglichkeiten geprüft werden.

Herr Frankenberger unterstreicht die Bereitschaft und den festen Willen der Verwaltung, schnellstmöglich mit der Umsetzung zu starten. Bezüglich der Evaluation werde man im neuen Jahr auf die Katholische Hochschule Aachen zugehen. Ob die Evaluation dann bereits nach einem Jahr erledigt sein könne, müsse abgewartet werden.

Frau Dr. Oidtmann dankt den Projektpartner*innen für die Konzeptionierung und nun beginnende Umsetzung. Bezüglich der Evaluation sei nicht entscheidend, dass diese bereits nach einem Jahr vorliege. Es komme vielmehr darauf an, die nötigen Informationen zu erhalten, um etwaig notwendige sachliche Anpassungen im Rahmen des laufenden Umsetzungsprozesses vornehmen zu können.

Frau van der Meulen informiert darüber hinaus, dass an der Katholischen Hochschule Aachen Veranstaltungen zu den Themen Sucht und Obdachlosigkeit durchgeführt werden, so auch in der kommenden Woche. Diese Veranstaltungen sollten aus ihrer Sicht besser beworben werden.

Am Ende der Aussprache weist Herr Deumens auf ein redaktionelles Versehen des geänderten Beschlussvorschlags der Koalition hin und berichtigt den Beschlussvorschlag wie folgt: „(...) Die nicht verwendeten Mittel aus 2024 *sollen* in die Folgejahre übertragen werden, um die Gesamtkosten zu decken. (...)“ Dies trifft auf einhellige Zustimmung.

Danach beschließt der Ausschuss einstimmig im Sinne der vom Vorsitzenden berichtigten Fassung des geänderten Beschlussvorschlags der Koalition.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, gemeinsam mit den Trägern WABe e. V. und Caritasverband ein Angebot nach dem Konzept Housing First umzusetzen. Die beiden Träger sind für die Jahre 2025 ff mit finanziellen Mitteln in Höhe von jährlich insgesamt 60.000 € auszustatten.

Die nicht verwendeten Mittel aus 2024 sollen in die Folgejahre übertragen werden, um die Gesamtkosten zu decken.

Zudem soll in einem Jahr eine Evaluation vorgestellt werden, die nach Möglichkeit in Kooperation mit der Katholischen Hochschule erstellt werden soll. Eine langfristige Finanzierung über den Landschaftsverband soll angestrebt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Anlage 1 TOP 4 - Tischvorlage Geänderte Beschlussentwürfe GRÜNE und SPD

Zu 5 Weitere Erhöhung der Zuwendungen der Stadt Aachen für den Tagestreff "Café Plattform" geändert beschlossen FB 56/0554/WP18

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde von den Koalitionsfraktionen vor Beginn der Sitzung ein geänderter Be-

schlussvorschlag als Tischvorlage verteilt (Anlage 1 zu TOP 5).

Herr Tillmanns erklärt, dass die CDU-Fraktion die Mittelерhöhung um 22.000 Euro für das Jahr 2024 als unstrittig erachte und der Bereitstellung daher zustimmen werde. Weiter spricht er die Problematik der Samstagsöffnungen an, die trotz der Bereitstellung der weiteren Mittel zum 31.12.2024 auslaufen werde. Er könne zwar den Kontext und die Prüfung „IKAS“ nachvollziehen, fürchte jedoch, dass die Befristung der Samstagsöffnungen die falsche Entscheidung sei.

Frau Braun informiert über den geänderten Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen. Damit die Versorgungslage besser beurteilt werden könne, soll die Verwaltung zur Haushaltsberatung im Ausschuss Anfang des Jahres 2025 eine Übersicht aller Angebote für wohnungslose Menschen in Aachen einschließlich deren Öffnungszeiten vorlegen. Zwar gebe es in Aachen bereits heute eine gute Versorgung für von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen und über den Arbeitskreis Niedrigschwelligkeit erhalte man zudem viele Informationen über Bedarfe. Die nun erbetene Angebotsübersicht solle daher dazu beitragen, gegebenenfalls noch bestehende Lücken in der Versorgung zu identifizieren, um auf dieser Basis diskutieren zu können.

Frau van der Meulen stellt sich die Frage, ob auf Basis des geänderten Beschlussvorschlags eine gute Versorgung der Betroffenen sichergestellt ist.

Frau Bürgermeisterin Scheidt äußert ihre Besorgnis, dass die Samstagsöffnungszeiten verloren gingen; dies für eine relativ geringe Summe im Haushalt, dies müsse in den Haushaltsberatungen besprochen werden. Aus ihrer Sicht sollte diese Lücke nicht entstehen, sie widerspreche auch den sonstigen Maßnahmen.

Frau Dr. Oidtmann erklärt, dass ihre Fraktion perspektivisch einen Mehrbedarf bei der Versorgung obdachloser Menschen erwarte und stimmt den Bewertungen von Frau Bürgermeisterin Scheidt grundsätzlich zu. Allerdings weist sie darauf hin, dass die erbetene Übersicht gerade als weitere Entscheidungsgrundlage dienen solle.

Herr Tillmanns äußert Zweifel daran, dass sich bis zu den Haushaltsplanberatungen weitere Erkenntnisse ergeben würden. Allerdings bestehe die Gefahr, dass für das Angebot bis dahin bereits irreversible Fakten geschaffen worden sein könnten. Grundsätzlich gehöre die Entscheidung über verlängerte Öffnungszeiten aber in die Haushaltsplanberatung.

Herr Hissel erläutert die Problematik, dass der 01.01. bereits kurz bevorstehe und zudem das Dilemma, dass die Winterzeit in die haushaltslose Zeit falle. Es könne jedoch ggf. die Prüfung der Finanzierung einer Übergangszeit erfolgen. Der Ausschuss könnte die Verwaltung zur Übertragung von Mitteln in Höhe von 7.000 Euro aus dem Haushalt 2024 in das Haushaltsjahr 2025 ermächtigen, die Verwaltung könne dann auf dieser Grundlage in Verhandlungen mit der Caritas eintreten. Hierdurch können einerseits die Samstagsöffnungen übergangsweise gewährleistet und andererseits eine sachliche Beratungsgrundlage für den Ausschuss in der Haushaltssitzung durch die Verwaltung erarbeitet werden. Herr Hissel schlägt daher vor, den Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen wie folgt zu ergänzen:

„(...) Der Ausschuss ermächtigt die Verwaltung, Restmittel aus dem Jahr 2024 in Höhe von 7.000 Euro in das Jahr 2025 zur interimswweisen Finanzierung der Öffnungszeiten an Samstagen zu übertragen. (...)“

Frau Bürgermeisterin Scheidt erklärt, dies sei ein sehr guter Vorschlag, der so beschlossen werden sollte.

Der Ausschuss beschließt sodann einstimmig in geänderter Form gemäß der Tischvorlage und der Ergänzung von Herrn Hissel.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, die Zuwendungen für den Tagestreff „Café Plattform“ für das Haushaltsjahr 2024 um weitere 22.000 € zu erhöhen.

Der Ausschuss ermächtigt die Verwaltung, Restmittel aus dem Jahr 2024 in Höhe von 7.000 € in das Jahr 2025 zur interimswweisen Finanzierung der Öffnungszeiten an Samstagen zu übertragen.

Zudem bittet der Ausschuss die Verwaltung, zu den kommenden Haushaltsberatungen eine Übersicht aller An-

gebote für wohnungslose Menschen in Aachen mit ihren Öffnungszeiten vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Anlage 1 TOP 5 - Tischvorlage Geänderte Beschlussentwürfe GRÜNE und SPD

**Zu 6 Querbeet für erwerbsunfähige suchtkranke Menschen in der StädteRegion Aachen
geändert beschlossen
FB 56/0556/WP18**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde von den Koalitionsfraktionen vor Beginn der Sitzung ein geänderter Beschlussvorschlag als Tischvorlage verteilt (Anlage 1 zu TOP 6).

Für die Verwaltung erläutert Herr Hissel auf Bitte des Vorsitzenden noch einmal wichtige Einzelheiten der Vorlage und des Beschlussvorschlags der Verwaltung.

Frau Dr. Oidtmann bringt ihre Freude über die nun gefundene Lösung mit der Zielsetzung der dauerhaften Unterstützung und Stabilisierung der betroffenen Menschen zum Ausdruck und dankt der Fachverwaltung. Entsprechend dem von der Koalition vorgelegten geänderten Beschlussvorschlag bittet Frau Dr. Oidtmann, den Beschlusspunkt Nr. 1 des Beschlussvorschlags der Verwaltung um einen jährlichen Bericht über das Projekt unter Einbeziehung seiner Einsatzorte im Stadtgebiet zu erweitern.

Frau Braun schließt sich ihrer Vorrednerin an und dankt Herrn Hissel, dass das wichtige Projekt so für die Jahre 2025 und 2026 ermöglicht werde. Auch wenn die formale Zuständigkeit bei der StädteRegion liege, zahle die Stadt den überwiegenden Anteil. Daher sei wichtig, dass dem Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie auch künftig über das Projekt berichtet werde.

Herr Hissel informiert die Ausschussmitglieder ergänzend darüber, dass Frau Grehling die Erhöhung der städtischen Förderung verwaltungsseits in den Haushaltsplan 2025 einbringen werde.

Herr Hansen spricht die Finanzierung auf Seiten der StädteRegion an und fragt nach, ob bekannt sei, wo genau die Einsparung im Gesundheitsbereich erfolgen werde.

Herr Hissel teilt dazu mit, dass dies nicht im Detail bekannt sei.

Frau van der Meulen teilt mit, dass sie sich eine dauerhafte Finanzierung des Projekts wünsche.

Herr Schweden gibt einen Hinweis zur möglichen Beantragung von zusätzlichen Geldern beim LVR in Fällen von sog. komorbiden Erkrankungen von Menschen. Voraussetzung zur Beantragung der finanziellen Mittel sei lediglich ein entsprechendes Angebot an drei Tagen im Jahr von jeweils vier Stunden. Individuelle Ansprüche gegenüber dem LVR könnten somit ggf. eine weitere Säule der Finanzierung werden.

Herr Deumens erklärt, dass die Verwaltung die Hinweise der Redner*innen sicherlich mitnehmen werde. Die Verwaltung sei immer äußerst bemüht, die Suchthilfe und die Wohnungslosenhilfe gut zu gestalten. Er sei sich sicher, dass die Verwaltung auch hier eine gute Lösung für die Zukunft finden werde.

Am Ende der Debatte beschließt der Ausschuss einstimmig und in geänderter Fassung, wie von der Koalition zu Beschlusspunkt Nr. 1 vorgeschlagen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis und

1. stimmt dem Konzept des Projekts „Querbeet für erwerbsunfähige Suchtkranke“ des Caritasverbands für die Regionen Aachen-Stadt und Aachen-Land e. V. und seiner Durchführung als neuen Baustein des Integrierten

Konzepts für Sicherheit und Attraktivität (IKAS) auf dem Gebiet der Stadt Aachen ab dem 01.01.2025, zunächst befristet bis zum 31.12.2026, zu. Zudem bittet der Ausschuss um einen jährlichen Bericht über das Projekt, unter Berücksichtigung der Einsatzorte des Projekts im Stadtgebiet.

2. empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen hierfür einen gemeinsamen Zuschuss mit der StädteRegion Aachen in Höhe von jeweils 193.000 € pro Jahr zu zahlen, vorbehaltlich der Rechtskraft der Haushaltssatzung 2025 sowie vorbehaltlich der Zustimmung der StädteRegion Aachen. Die Stadt Aachen soll im Rahmen der „differenzierten Regionsumlage Stadt Aachen“ insgesamt 85 % dieses Zuschusses (= 164.050 €) übernehmen, was der bisherigen Lastenteilung in dem Bereich bei Projekten in Aachen entspricht.

3. empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen die entsprechenden Mittel im Rahmen der Haushaltsaufstellung bei der differenzierten Regionsumlage bereitzustellen. Eine Teildeckung erfolgt durch anteilige Einsparungen beim Projekt „Gesundheitsregion Aachen“ in Höhe von rd. 23.000 € sowie durch den nicht mehr erforderlichen Haushaltsansatz beim Produkt 050101 „Sonstige soziale Leistungen“ in Höhe von 40.000 €, so dass ein jährlicher Mehraufwand in Höhe von rd. 101.050 € entsteht.

4. empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, die Verwaltung zu beauftragen, zu gegebener Zeit gemeinsam mit der StädteRegion die Fortführung des Projekts für die Zeit ab 2027 zu prüfen und dabei auch die Nutzerstruktur des Projekts zu evaluieren, um ggf. die zunächst vorgesehene Kostenaufteilung von 85% (Stadt Aachen) bzw. 15% (StädteRegion) anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Anlage 1 TOP 6 - Tischvorlage Geänderte Beschlussentwürfe GRÜNE und SPD

Zu 7 Angebote zur Tagesstrukturierung für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen – Fortführung des Projekts des WABe e. V. in 2025 ungeändert beschlossen FB 56/0552/WP18

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgen keine Wortmeldungen. Ohne Debatte wird einstimmig gemäß dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage beschlossen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt den Antrag des WABe e.V. - Diakonisches Netzwerk Aachen - auf Übertragung der in 2024 nicht genutzten Mittel für die Angebote zur Tagesstrukturierung für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen in das Jahr 2025 zur Kenntnis und stimmt der Verwendung der bereits ausgezahlten Personal- und Sachkostenmittel über den Bewilligungszeitraum hinaus auch im Jahr 2025 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 8 Sachstand Sanierung von Übergangsheimen - Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke vom 06.11.2024 zur Kenntnis genommen FB 56/0555/WP18

Frau van der Meulen bedankt sich für die sehr detaillierten Informationen in der Verwaltungsvorlage. In den nächsten Jahren sollte ungeachtet der Sanierung überlegt werden, was die Menschen in den Einrichtungen sonst

noch an Unterstützung bräuchten.

**Zu 9 Integrationsmaßnahmen 2025 - Mittelverteilung
 ungeändert beschlossen
 FB 56/0543/WP18**

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass der Integrationsrat die Verwendung der Mittel für Integrationsmaßnahmen vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplans für das Jahr 2025 in seiner Sitzung am 27.11.2024 beschlossen habe.

Ohne weitere Aussprache beschließen die Mitglieder des Ausschusses einstimmig gemäß dem Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie stimmt der vorgeschlagenen Verwendung der Mittel aus dem PSP-Element 4-050501-901-3/53180000 „Integrationsmaßnahmen“ gem. der Anlage 1 unter Vorbehalt der Genehmigung des Haushaltsplans 2025 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 10 Aktuelle Situation

a) bei den Leistungsempfänger*innen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfänger*innen nach dem AsylbLG

b) in den Übergangswohnrichtungen

**c) bezüglich der Herkunft der geflüchteten Menschen/Nationenstatistik
zur Kenntnis genommen
FB 56/0539/WP18**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Zu 11 Mitteilungen der Verwaltung

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Mitteilungen vor.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.13 Uhr.

Hans Leo Deumens
Ausschussvorsitzender

Michelle Schmidt
Schriftführerin

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin